

Abonnements
werden beim Verlag und besten
bekanntem Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
Voraus zahlbaren
Wortjahrespreis von:
Mk. 4.40 für Deutschland (Direct
per Brief-Geldent)
Mk. 5.75 für Oesterreich (Direct
per Post-Geldent)
Mk. 6.25 für alle übrigen Länder
des Weltverkehrs (Post-Geldent).

Inserate
die bezugsfreie Zeitstelle
à la page — 25 Pfg. — 50 Gts.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
der
German Co-operative Publishing Co.
E. Barnet & Co., London N. W.
114 Kentish Town Road.
Postgebühren
franko gegen Einsendung
der englischen Brief-
marken oder Poststempel.

Nr. 7.

Bestelle an die Redaktion und Expedition des in Deutsch- und Oesterreich verbreiteten „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung nachstehender Vorschriften abgeben lassen. In der Regel schickt man uns: 4 Beilege nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In postschwierigen Fällen eingeschrieben.

15. Februar 1890.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Am Vorabend der Schlacht.

(Ein Stimmungsbild vom Kriegsschauplatz.)

Aus Bismarckland datiere ich. Aber thue ich dem pommerischen Schnapsjunker nicht allzuviel Ehre an, daß ich der „frommen Kinderstube“, die zum Glück keine Kinderstube mehr ist, seinen Namen gebe? Und ist es nicht auch verwerflicher Personenkultus, die ganze Schande der ganzen Schmach auf ein einziges Haupt zuwälzen? Heißt es nicht, diesem Menschen, der nie in seinem Leben einen edlen Gedanken, eine hochherzige Empfindung gehabt, der aber eine wahnsinnige Eitelkeit der Größe hegt und um jeden Preis als Kolossal mensch angesehen werden will und sei es auch als Kolosch des Verbrechens — heißt es nicht dem Menschen eine unverdiente Schmeichelei erweisen, ihn als die Personifikation der herrschenden Verbrechermacht aufzufassen? Indes irgend einen Namen muß diese doch haben, und unter der Tafelrunde von Verbrechern, die der gegenwärtigen Ära der Mordkultur und des Strebers, der Spitzelkunds ihren Stempel aufgedrückt haben, ragt die langbeinige Gestalt des pommerischen Schnapsjunkers Otto doch um Hauptlänge empor. Also getrost: aus Bismarckland, Anfang Februar des Jahres der Wahl 1890. Das Jahr der Wahl nennt es sich. Wie anders könnte es heißen? Ich nicht! Anders es wird gedacht, von mächtigen Anderen ist die Rede, wohin man sich wendet — die Wahl erfüllt alle Geister und Gemüther.

Und das ist keine Wahl, wie jede andere, der wir jetzt entgegengehen. Eine solche Wahl hat Deutschland noch nicht erlebt — das schrieb ich schon früher. Und mein Ulrich von Hutten heut unter uns wüßte, er würde aus vollster Brust, wie vor vierthundert Jahren, jauchzend anrufen: O es ist eine Lust zu leben! Ja, es ist eine Lust zu leben, wenn eine alte faule, verrottete Welt zu Grunde geht, und eine neue, jugendreiche Welt sich dem Muttergocke der Zeit entwinkelt.

Eine neue Welt wurde geboren, als Ulrich von Hutten jenen Freudenruf ausstieß. Und eine neue Welt wird jetzt geboren, eine größere, schönere, bessere Welt als damals. Wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der sieht den wunderbaren Schöpfungsakt, der hört die Lebenszüge des jungen quellenden Lebens. Das: „ich nutze Morgenluft!“ ist von mir nie so wolkig und deutlich verriepelt worden. Der Dampf, der sinkende Boden der alten faulenden Bourgeoisgesellschaft, die in ihrem letzten Stadium zu einer Verbrechergesellschaft geworden ist, wird weggeweht von der frischen Morgenluft, die den rothgoldenen Tag ankündigt.

Nicht daß ich die jetzige Wahlbewegung hauptsächlich für den Geburtsprozess und den 20. Februar 1890 für den Geburtstag der neuen Welt halte, die dann das Licht der Sonnen erbliden werde — das wäre eine überschwängliche Thorheit, die der nächsten Kritik nur ein kaltes Lächeln entlocken könnte. So kurz sind die historischen Geburtsprozesse der Neu-Welten nicht, und deren Geburtstage sind auch etwas länger als die gewöhnlichen Tage. Was ich sagen wollte, und worin ich Jeder, der die gegenwärtige Wahlbewegung mitmacht, mir Recht geben wird, das ist: eine solche Gluth der Begeisterung, eine solche Siegeszuversicht ist noch niemals, seit wir wählen auf Grund des allgemeinen Stimmrechts haben, in den Massen gewesen. Und noch niemals haben sich die Parteien so scharf geschieden, sich so klar bewußt gegenübergestellt. So klar bewußt! Das ist, neben der großartigen Begeisterung, das auszeichnende Moment der gegenwärtigen Wahlbewegung. Auch 1878 und 1887 hatten wir gewaltige Wahlkämpfe, allein damals waren die Ziele vertheilt. Das Rothe Gespenst und das Kriegsgespens gingen um, die Sinne bethörend, Angst und Schrecken verbreitend. Die Luft war verunstet, die Schlacht wurde im Dunkeln geschlagen, in einer dichten, dicken Wolke von Lügen.

Heut ist es anders. Der Versuch des herrschenden Verbrechertums, auch diese Wahl unter dem Zeichen des Rothen Gespenstes vornehmen zu lassen, ist durch die sozialdemokratische Reichstagsaktion gründlich vereitelt worden. Die Thronrede, welche schon hier und fertig war mit einer kräftigen Stelle für das Rothe Gespenst, mußte im letzten Moment noch umgeschrieben werden und der hübsche Anarchistenkongress, den die Bismarckischen „Gewährsmänner“, oder wie das Gesindel sich sonst betitelt, bereits nach London einberufen hatten, mußte für bessere Zeiten in die Kammer der staatsretirenden Polizei zurückwandern. Die schwefelgelbe und brandrothe Vulkanwolke, die sich über den Wahlkampf legen sollte, ist den Berliner Regimentsmischlingen — die bösen Sozialdemokraten haben die Wolke weggeblasen, und der Kampf vollzieht sich in hellem Tageslicht. Wir sehenden Heinde, und der Feind

flieht uns. Und welches Schauspiel! Da stehen in der That die zwei Welten gegenüber.

Haben die Sozialdemokratie.
Dräben die reaktionäre Rasse.
Haben Begeisterung, Aufopferung, freundliche Kampflust.
Dräben Angst, Verwirrung.

Dieses Wimmeln und Treiben und Arbeiten in der neuen Proletarier-Welt. Wie sie arbeiten, diese „Bummler, die nicht arbeiten wollen“ — um in den Worten des Polizeipölpels Herrfurth zu reden. O, das Wort wird ihm eingetränkt. Die „Bummler, die nicht arbeiten wollen“ — sie arbeiten mit feberhaftem Eifer, die Kräfte durch das blasphemische Hohwort verzehnfacht. Das Wort Herrfurth gehört zu jenen historischen Worten, welche für den Grabstein einer sterbenden Welt, eines fallenden Systems bestimmt sind.

Welche Begeisterung, und welche Kräfte. Das sind keine stumpfen Mähen, die auf Kommando seelenlos, maschinenmäßig handeln, und ein todtet Aho sind, wenn das Kommando fehlt und kein anderer Anstoß vorhanden ist. Jedes einzelne Individuum in diesen Arbeitermassen ist ein begeistertes Mensch, der all seine Kräfte der großen gemeinsamen Sache des Proletariats zur Verfügung stellt hat, — der freudig bereit ist, den letzten Pfennig mit den letzten Blutstropfen hinzugeben für die heilige Sache.

„Ja, woher kommt Euer Geld, woher kommt Euer Mannschaften?“ — fragte neulich ganz bestürzt ein Führer der Ordnungsparteien, „wir können es Euch nicht gleichthun!“

„Das glaube ich“, war die Antwort des Sozialdemokraten, „bei uns ist Jeder Soldat der Partei, bei uns arbeitet Jeder freiwillig im Dienst der Partei, wir brauchen unsere Leute nicht zu bezahlen, wie Ihr, die Ihr an Eure Soldate selber nicht mehr glaubt und nur noch besoldete Werkzeuge sucht.“

Wohin man jetzt kommt in Deutschland, überall durchziehen die Scabboren der Sozialdemokratie das Land — in jedes Haus, in jede Wohnung, in jede Gasse finden sie den Weg, und durch Wort und Schrift das Evangelium zu verbreiten, — in Sturm, in Regen, in Kälte und Schnee ziehen sie unverdroffen durch das Land, und das leuchtende Auge und ihr ruhiges festes geistiges Wesen schon belündet, daß sie die Träger eines Ideals, die Verkörperer einer weltverlösenden Idee sind.

So wird die neue Welt geboren. Und verdrängt sehen unsere Feinde drein — sie fangen an zu begreifen, daß ihnen eine Macht gegenübersteht, die sie mit all ihren Gewalt- und Lügenmitteln nicht überwinden können.

Kein Zweifel, es wird noch irgend ein Schlag, irgend ein niederträchtiger Streich vorbereitet; indes wir sind auf Alles gefaßt. Das rothe Gespenst haben wir todgeschlagen, und am 20. Februar wollen wir die blutigen Schmutzlappen, aus denen es zusammengeleitet war, seinen Urhebern und Anbetern um die Ohren schlagen!

Vor dem Siegeswagen der Sozialdemokratie.

Die Postkutschen Wilhelm II. an den Deutschen Reichskanzler und die preussischen Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten, die wir weiter unten abdrucken, sind das Ereigniß des Tages. In alle Länder hat der Telegraph sie hinaus geschickt, und im Inland und Ausland beschlügen sie die öffentliche Meinung.

Die öffentliche Meinung hat Recht, diesen Postkutschen Bedeutung beizulegen. Sie sind in der That ein Ereigniß. Wir fügen hinzu: ein weltgeschichtliches Ereigniß.

Man wird uns nicht vorwerfen können, daß wir übermäßigen Respekt vor Monarchen empfinden, ihren Handlungen allzugroße Bedeutung beilegen. Aber hier liegt eine Handlung vor, deren Bedeutung eher unterschätzt als überschätzt werden kann.

Wir spotten darüber nicht. Es ist uns völliger Ernst, wenn wir erklären, daß wir in der Werthschätzung derselben nicht einmal hinter ihrem Urheber, Wilhelm II. selbst, zurückbleiben glauben.

Hören wir indes zunächst seine Postkutschen. Dieselben lauten:

„Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche meiner Fürsorge durch die Nothwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Rückgang der heimischen Betriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter verlos machen. Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes beteiligten Länder, wenn nicht überwinden, doch abmildern. In der Ueberzeugung, daß auch andere Regierungen von dem Wunsche befeuert sind, die Vertheilungen einer gemeinsamen Regelung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen, will ich, daß zunächst in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz durch meine dortigen Vertreter antwortlich angefragt werde, ob die Regierungen geneigt sind, mit uns in Unterhandlung zu treten. Bezugs einer internationalen Verständigung über die Arbeitslosigkeit, denjenigen Interessen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausländern der letzten Jahre und anderweitig zu Tage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu meiner Anregung im Verein angenommen sein wird, beauftrage ich Sie, die Räte aller der Regierungen,

welche an der Arbeiterfrage den gleichen Antheil nehmen, zu einer Konferenz bezugs Beratung über die einschlägigen Fragen einzuladen. Berlin, den 4. Februar 1890.

An den Reichskanzler.

Wilhelm I. R.

Bei meinem Regierungsantritt habe ich meinen Entschluß kundgegeben, die fernere Entwicklung meiner Regierung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher mein in Gott ruhender Großvater sich der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächeren Theil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat.

So werthvoll und erfolgreich die durch die Gesetzgebung und Verwaltung zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bisher getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen dieselben doch nicht ganz die mir gestellte Aufgabe.

Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiete laut gewordenen Klagen und Wünschen, sowie die begründet sind, gerecht zu werden.

Diese Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Beobachtung der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf geistliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.

Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten theilhaftig und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Gebete zu ermöglichen und den Staatsbehörden das Verlangen zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten.

Die staatlichen Verwaltungen wünsche ich bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu näherem Anknüpfen zu sehen, und für den Privatberauben erstrebe ich die Herstellung eines organischen Verhältnisses meiner Erfolge in den Betrieben, eines einheitlichen Standes der Arbeitsbedingungen entsprechenden Aufsicht, wie sie bis zum Jahre 1880 bestanden haben.

Zur Vorberathung dieser Fragen will ich, daß der Staatsrath unter meinem Vorsitz und unter Ausziehung derjenigen sachkundigen Personen zusammenkomme, welche ich dazu berufen werde. Die Auswahl der letzteren behalte ich meiner Bestimmung vor.

Unter den Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem von mir beabsichtigten Sinne entgegenstehen, nehmen diejenigen, welche aus der Nothwendigkeit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichskanzler angewiesen, bei den Regierungen der Staaten, deren Industrie mit der unsrigen den Weltmarkt beherrscht, den Zusammentritt einer Konferenz anzuregen, um die Herbeiführung gleichmäßiger internationaler Regelungen der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Thatigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen. Der Reichskanzler wird Ihnen Abhelfung meines an ihn gerichteten Erlasses mittheilen.

Berlin, den 4. Februar 1890.

Wilhelm R.

An die Minister der öffentlichen Arbeiten und für Handel und Gewerbe.

Und das soll so Außerordentliches sein? fragt der Leser.

An sich nicht. Es geht nicht über das hinaus, was nicht theils in deren Willen, theils durch die Verhältnisse, theils von sehr bürgerlich denkenden Sozialpolitikern längst befürwortet worden ist.

Aber nicht darauf kommt es in diesem Augenblick an. Der Inhalt der Postkutschen erhält erst durch die Umstände ihres Entstehens seine Bedeutung.

Die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages, die internationale Fabrikgesetzgebung, das freie Koalitionsrecht der Arbeiter — das sind Forderungen, die auf dem Aktionsprogramm der deutschen Sozialdemokratie, der Sozialdemokraten aller Länder, stehen. Jedesmal wenn die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie diese Forderungen im Parlament erhoben haben, können von Regierungen in beständiger Weise erwidert worden, das seien unzulässliche Begehren, die mit dem Stande der heutigen Gesellschaftsordnung unvereinbar seien. Non volumus et non possumus! Wir wollen nicht und wir können nicht!

Und die gesamte kapitalistische Brüderlichkeit rief durch den Mund ihrer Vertreter und das Organ ihrer Presse: Bravo! Wir wollen nicht und wir können nicht!

Dafür hat sie aber durch den Mund ihrer Vertreter sich auch sehr wieder herlet erklärt, das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, diese gefährliche Schmach, welche die um ihre Emanzipation ringende Arbeiterklasse nicht zu verlängern — wenn gewünscht, zu verewigen. Am Ende um den insistenten und zugleich überlebenden der Paragraffen des Strafbuches scheinbar vorläufig diese Verehrung. Die Regierung wollte selbst dieses Tadeln auf dem I nicht sagen lassen.

Die Wahlen wurden ausgeschrieben, die Wähler sollten zwischen ihr und der „Sozialdemokratie und ihren Begünstigern“ entscheiden.

Der Wahlkampf beginnt. Mit Waffen, wie sie in dieser Stärke nie zuvor in ihrem Gefolge gesehen, tritt die Sozialdemokratie auf den Plan. Und die Massen gegen eine Partei, eine Kampflust, der keine Partei Gleiches an die Seite stellen kann.

Erstinnen und Entlegen maß sich auf den Gesichtern der Herrschenden. So ziehen keine Leute in die Schlacht, die Furcht empfinden. Das sind Streiter, die das Bewußtsein des Sieges in der Brust tragen. Wie mit diesem Riesenheer fertig werden?

Und da, in diesem Moment, am Vorabend der entscheidenden Schlacht, tritt Wilhelm II. auf und erklärt: „Ich wünsche, daß meine Regierung Schritte thut, um diese und diese und diese Förderung der Sozialdemokratie der Bewirkung entgegenzutreten.“

Daß diese Erklärung bestimmt ist, auf den Gang der Wahlen einen Einfluß auszuüben, steht außer allem Zweifel. Wie immer sie sonst gemeint ist, ihre Veröffentlichung in diesem Moment qualifiziert sie als ein Wahlmandat, darauf berechnet, der Sozialdemokratie, wie ein offizieller Tadel in ersten Rangs verrathen hat, den Wind aus den Segeln zu nehmen.“

Nun, die Sozialdemokratie ist weit entfernt, darüber verstimmt zu sein. Allerorts haben die deutschen Arbeiterblätter die kapitalistischen Ge-

lasse als einen Sieg der Sozialdemokratie gefeiert, und sie haben ein volles Recht dazu.

Man denke: hier der deutsche Kaiser, der mächtigste Monarch in Europa, der zivilisierten Welt, der Befehlshaber über die, wenn auch nicht der Zahl nach, so doch tatsächlich stärkste Armee der Welt. Dort die Sozialdemokratie, die Partei der Armen und Entbehrten, der Habenichtse — aller anderen Machtmittel bar, unter ein Polizeigebot gestellt, verfolgt und verachtet. Und gegen diese Partei weist der mächtige Monarch nichts anderes in die Waagschale zu legen, als daß er eine Anzahl von ihr verschrien Arbeiterforderungen zu erfüllen verspricht.

Dieses Versprechen in diesem Moment, das ist in Wirklichkeit eine Kapitulation vor der Schlacht. Dieses Zugeständnis an die Massenbewegte Arbeiterklasse, wie sie in der deutschen Sozialdemokratie vertreten ist, ist eine öffentliche Bestätigung ihres moralischen Sieges über die ihr gegenüberstehenden Gewalten. Ob er sie aufrichtig gemeint oder nicht — mit seinen Erlässen hat Wilhelm II. sich selbst vor den Siegeswagen der Sozialdemokratie gewandt.

Wieder müssen wir an das Sprichwort erinnern, das die Heuchelei ein Kompliment an die Tugend nennt. Das heißt, ein durch die Notwendigkeit aufgezwungenes Kompliment wider Willen. Auch die Sozialdemagogie ist heute ein Kompliment wider Willen — eine durch die Notwendigkeit aufgezwungene Verbeugung vor der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse ist in Deutschland eine Macht geworden. Auf diese Tatsache drücken die Erlasse des deutschen Kaisers ihr beständiges Siegel, ein Akt, dessen geschichtliche Bedeutung zu verkleinern wir absolet keinen Grund haben.

Dem weit entfernt, zu fürchten, daß er die deutschen Arbeiter der Sozialdemokratie entfremden wird, sind wir vielmehr sicher, daß er ihr erst recht neue Anhänger zuführen wird. Nur in der Sozialdemokratie, als ihr Heerführer, das wissen die deutschen Arbeiter, sind sie zu der Macht gelangt, die sie heute darstellen, und nur in ihr und mit ihr werden sie zu der Macht gelangen, die nötig ist, ihr volles Recht zu erobern.

Die beiden Erlasse sind eine Annäherung zum mühsigen Ausbrennen und rastlosen Weiterkämpfen, wie wir sie uns gar nicht besser wünschen können. In diesem Sinne sagen wir Wilhelm II. unsern aufrichtigen Dank. Und weiter versprechen wir uns auf seine Hilfe zur Bewerkstelligung seiner Versprechungen. Denn auf den guten Willen der bürgerlichen Parteien — das wird ihm inzwischen klar geworden sein — kann er sich in dieser Hinsicht nicht verlassen. Nur wenn die Arbeiter den Herren, die in der „Norddeutschen Allgemeinen“, in der „Königlichen Zeitung“ und in der „Leipziger Zeitung“ ihr Organ erbilden, tüchtig einengen, werden sich dieselben zur Nachfolge bequemen.

Wenn Wilhelm II. seine Erlasse aufrichtig gemeint hat — und wir sind überzeugt, daß es ihm bitter Ernst damit ist — so wird er an den sozialdemokratischen Arbeiter seine Freunde erleben. Er soll sich nicht umsonst vor ihren Siegeswagen gespannt haben.

Im Uebrigen aber bleibt natürlich Alles beim Alten. Getreu ihrer bisherigen Taktik, die sich so trefflich bewährt, wird die Sozialdemokratie ihren Kampf fortsetzen, unablässig, unermüdet bis zum Ziele. Weder Verfolgungen, noch Versprechungen werden sie aus ihrer Bahn ablenken. Den Erlässen legt sie den klaren Trost entgegen, den das Bewußtsein einer gerechten Sache verleiht, den Bekämpften begegnet sie mit den stolzen Worten des alten Hildebrandsliedes:

Mit großem Mut man geha infahan, ort widar orte.
„Mit dem Speere soll man Gaben empfangen, Spitze gegen Spitze.“

Eines Proletariats Antwort an den Minister Herrfurth.

(Aus unserm Leserkreis.)

Die Auslassungen des Ministers des Innern in der Sozialisten-Debatte des Reichstags vom 20. Januar sind derartig, daß sie, gingen sie von irgend einem deutschen Spielbürger aus, von deren Naivität wir Sozialisten gewohnt sind, als „Heiler“ und „Foullenz“ verschrien zu werden, einer Verleumdung nicht werth wären. Wenn aber vom Ministerialbüro aus solche abjurierende Ansichten über die eminenteste Kulturbewegung, die die Weltgeschichte zu verzeichnen hat, geäußert werden, wenn ein Vertreter des „sozialen Königthums“ die Frage der Zukunft noch so wenig begriffen hat, so muß das allerdings in Zusammenhang sein, obwohl wir uns gewiß keinen großen Erwartungen bezüglich seines Verstandes, die soziale Frage zu behandeln, hingegen haben.

Herr Herrfurth hat sich also bis zu der Auffassung emporgeschwungen, oder besser in bis zu ihr gesunken, daß die Sozialdemokratie als Ueberläufer aller Stände zusammen gefügt sei, die in ihrem Geschäft es zu nichts gebracht, was er mit einer Seitenwendung auch auf ihre Abgeordneten im Reichstag mit angewandten den Ruch hatte. Weiter, fügte er hinzu, seien die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht mit mehr Recht Arbeitervertreter als alle anderen Abgeordneten, denn auch diese seien, vielleicht noch viel mehr, von Arbeitern gewählt.

Das heute noch die meisten Arbeiter nichtsozialistischen Kandidaten ihre Stimme geben, haben wir leider niemals bestritten können; wie aber jene dann die Interessen der Arbeiter vertreten, davon legt der jetzt schlafende gegangene Reichstagswahltag das beste Zeugnis ab. Die Thatsache, daß die Kartellparteien bei den Wahlen, jede nach ihrer Weise, Arbeiterfreundlichkeit heuchelnd, Stimmenjäger treiben, läßt den Schluß zu, daß der Minister, indem er die Arbeiterfreundlichkeit sämtlicher Abgeordneten hervorhob, Wahlkreislüge schlug. Das war aber vollkommen überflüssig, denn die Großhändler des letzten „Anstaltskongress“ sprechen lauter als Worte, und der 20. Februar wird die Antwort erbringen, wen die deutschen Arbeiter für ihre berufensten Vertreter halten.

Welche Segnungen hat uns der letzte Reichstag alles gebracht, mit welcher Genehmigung kann er auf die „positiven Resultate“ seiner Arbeit zurückblicken! Da wäre zuerst der „Arbeiterfreundlichkeit“ der „Arbeiterabgeordneten“ Heilborn und Geissen — wer lacht da — zu gedenken. Wie sie sich abgemüht haben, die Wahlen, in den letzten drei Jahren, die Arbeiter ordentlich zu — treten. Aus der Rede des Ministers wird uns erst klar, daß wir die Kernisten ganz verkannt, und wir becken uns, hier Abbitte zu leisten. Irren ist eben menschlich.

Denn, und das ist ja der langen Rede kurzer Sinn, währenddem die sozialdemokratischen Abgeordneten solche Arbeiter vertreten, die eigentlich nichts thun wollen, so vertreten die Anderen im Gegentheil Nichtsthuer, die durchaus arbeiten möchten und nicht können — aus welchem Grunde, ist nicht ersichtlich. Von diesen Arbeitslustigen sehen nun die Herren Abgeordneten oben an, sind also Arbeiter. Deshalb haben sie auch Recht, zu behaupten, für die Arbeiter gefügt zu haben. Daß sie dabei durch Kornsölle, Schnapssteuer bei sich selbst den Anfang machten, wer will es den Andern verargen? Jeder ist sich selbst der Nächste, ist ja ein echt christlicher Grundgedanke. Aber, ich wiederhole, sie werden verkannt, die großherzigen Kartellparteien. Wenn sie demüthigt sind, durch Verhinderung festzustellen, in welcher Weise ein Brod aus Kartellfeinmehl zu fabriciren ist für das arbeitende Volk, für ihre Wähler, was dem Auge dieselben Demüthigt sein wie edles Getreidebrod, so schreit der böse „Sozialdemokrat“ es gerade aus Egoismus, um für ihre Kartellfeinmehl, die zur Herstellung von Fasel nicht aufgebraucht werden, den möglichst hohen Preis herauszuschlagen und den Lebenshath der Arbeiter nur noch mehr herabzusenken, und was seiner Verleumdungen noch mehr sind. Welche erbarmliche Dulderecken, alle diese Schmähungen ruhig über sich ergehen zu lassen! Welche christliche Demuth gehört dazu, nicht die Schuld zu verlernen als dieses schändlichen Unbaths und zu sagen: Gut, auch geschieht es schon recht, daß Ihr das Korn so

theuer bezahlen müßt, warum wollt Ihr das Kleiberbrod nicht? Statt dessen legen sie ruhig ihre Verführung fort, ein „billiges Volksnahrungsmittel“ zu kochen.

Bei allen vorerwähnten fürsorglichen Gelegenheiten haben auch die nationalliberalen ja helden großen Antheil genommen; den Ruch, kräftig an Reaktionsfahnen mitgeschoben zu haben, wollen wir ihnen nicht vorenthalten. Auch diesen Braven gebührt unser Dank, auch sie werden am 20. Februar ernten, was sie säen.

Wir haben wirklich Ursache, dem Minister dankbar zu sein für seine Rede. Alles erdient uns jetzt in einem anderen Maße. Selbst die Anhebung des Soltes durch Ausnahmegesetze verdammt sich jetzt in „Fürsorge“ für die Arbeiter, denn sie richtet sich ja nicht gegen solche, sondern nur gegen eine Handvoll Jodoten und Agitatoren — Nichtsthuer. Für die braven „Königstreuen“ Arbeiter hat die fromme Kluge reichlich gesorgt. So sind, wie die „heilige Kreuzzeitung“ und andere Ruderblätter zu berichten wußten, erst kürzlich in oder zwei neue Kirchen im Norden Berlins entstanden, was hauptsächlich der Mittlere „der hohen Frau“ (der Kaiserin) zu danken gewesen sei, und wodurch gewiß mancher Hunger gestillt und manche Thräne getrocknet wurde.

Damit nun der Deutsche alle diese Segnungen in beschämlicher Ruhe genießen könne und nicht von den „Reichsfeinden“ dabei gestört werde, so ist auch „mein herrliches Heer“ vergrößert, die Polizei vermehrt worden. Zum Zwecke einer größeren Mächtigkeit nach außen wurde ein Mangel an anderer passender Gelegenheit einmischen ein kleiner — Kanibalenkrieg in Szene gesetzt. Herr Hauptmann Wisjmann, der mordend und brennend in „Deutschafrika“ herumwühlte, ist nichtig benützt, den dortigen Kanibalen in Menschensklaverei den Rang abzulassen. Bis es ihm gelungen sein wird, den Schwarzen einen leisen Vorgeschmack von christlich-germanischer Geffting beigebracht zu haben, ist vielleicht gar keine Zeit übrig.

Eigentümlicher Weise haben nun alle diese Schöpfungen der Kartell-Kera die Sozialdemokratie nicht zu bannen vermocht. Es werden immer mehr „Dummker“, die nicht arbeiten wollen“. Dieses Phänomen kann sich nun der Herr Minister nicht anders erklären, als dadurch, daß die Sozialdemokraten nicht aufhören, zu wählen und zu hegen. Als ob die reaktionäre Regierung durch Rechtslosmachung des Volkes nicht agitatorisch mit weit größeren Resultaten für uns arbeitete, als alle sozialdemokratischen Wähler zusammenkommen.

Die Sozialdemokratie, sagt der Herr Minister, rekrutirt sich aus Ueberläufern aller Stände. Das ist richtig, beweist jedoch nichts gegen uns, desto mehr aber für den Charakter der „Ueberläufer“, den das Strebertum der Servilis mus in den heutigen „gebildeten Kreisen“ zum Ziel geworden. Die vor dem verprechenden Hauch Eures „Gottesgnadenthums“ in unsere Reihen sich retten, wo ein lebensfrischer Zug einer heilern Zukunft weht.

Wir verabsichtigen das geistige Element? Nein! Wir stoßen es nicht von uns, wir wissen, es gibt auch ein „geistiges Proletariat“. Es ist nicht unsere Schuld, wenn dieses nur langsam, je nachdem die Noth dazu drängt, seiner Proletarierhaft sich bewußt wird. Jedoch es dümmert auch da; und bald wird es heller Tag sein. Der Alles ans- und aufwühlende Schwamm, Kapitalismus genannt, gibt auch an seine „geistigen Arbeiter“ nicht mehr ab, als zu deren Lebensunterhalt gerade notwendig ist. Wenn nun deren Ansprüche an's Leben etwas weitgehendere sind, als die der Handarbeiter, sie bewegen mehr empfangen müssen, so liegt das nicht an der Menschenfreundlichkeit, auch nicht an dem Wissensdrang der Kapitalisten, sondern weil sie in dem Stande der „Wissenden“ ihre „gütige Verbände“ erbilden. Die Wissenschaft wird zur „dienenden Magd“ der herrschenden Klasse. Erfüllt ein „Gebildeter“ diese seine Dienstbotenpflicht nicht, lehnt sich sein besseres Gefühl dagegen auf, so ist er zum Mindesten von aller Beförderung ausgeschlossen, wenn er nicht gar — gegangen wird. Bei uns aber finden die Wegangenen ein herzliches Willkommen, wir brauchen solche Kräfte, denn haben auch die Massen mehr Verständnis für die soziale Kulturentwicklung, als Herr Herrfurth gezeigt, so fehlt ihnen doch und muß ihnen fehlen das Vermögen, die herrschende Klasse bis in ihre, von juristischen Rechtsformeln gleichmäßig umgebenen Schlafmügel zu verfolgen. Sie würden da oft mit ihrem unbedorbenen Rechtsgesühl in dem, von der bürgerlichen Gesellschaft zum Zwecke der Erhaltung ihrer Macht durch allerhand „Rechtstücken“ und Auslegungen ganz verzerrten Rechtsbegriffen sich arg verwickeln.

Im Gegensatz zu der Meinung des Herrn Ministers halten wir vorläufig daran fest, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht nur Vertreter von Arbeitern sind, sondern daß sie wirklich und trotz ihm die Arbeiter vertreten, die Arbeitermassen der Zukunft. Denn die Spezialität „Fabrikarbeiter“ der großen Städte werden in absehbarer Zeit die einzige „Art“ bilden; ihre Zahl wird sich trotz Befähigungsnachweis solange an Kosten der Handwerker vergrößern, als die Wahlmenschheit nicht erschöpft ist, und diese ist unerschöpflich. Jede neue Gründung bringt uns einen Schritt weiter zu unserem Ziel. Der Segen, der über die Bourgeoisie mit jeder Verbesserung auf dem Gebiete des Wohlstandes ausgeschüttet wird, enthält zugleich auch ihren Fluch. Bei kapitalistischer Produktionsweise ist die größte Vollkommenheit der Arbeitsmittel doch nicht im Stande, mehr als Einzelne hoch empor zu heben, währenddem sie auf der andern Seite Hunderte ins Elend stößt, zu Proletariaten macht. Diese vermehren die sozialdemokratischen Wähler, und so können wir uns mit dem Herrn Minister schon der Hoffnung hingeben, daß einmalk alle Abgeordneten wahre Arbeitervertreter sind. Die bürgerliche Gesellschaft ist eben dazu verdammt, fortsetzend die Mittel zu ihrem eignen Untergange zu gebären.

Wollte man die endliche Verwirklichung des Sozialismus unmöglich machen, so müßte man der ganzen Kulturentwicklung Halt gebieten und die Rückbewegung antreten. Dann war aber die Erkennung der bürgerlichen Gesellschaft schon an sich ein Fehler, denn sie war schon bei ihrer Geburt schwanger — mit dem Proletariat. Aber ganz abgesehen davon, läßt die weltgeschichtliche Entwicklung sich gar nicht Halt gebieten, auch durch die reaktionären Verbrechen nicht, denn auch diese dienen in letzter Linie immer nur dem Fortschritt. Den klaffenden Beweis für die Wichtigkeit dieser Behauptung bildet das Sozialistengesetz. Obgleich die von ihm getroffenen Personen Unzulänglichkeiten zu leiden hatten und noch leiden mögen, hat es doch nur zum Vortheil der Sache gedient. Außerdem wäre ein Einhalt schon infolge der blinden Profligkeit der Unternehmungsklasse gar nicht mehr möglich, von denen sich jeder sagt: „Nach mir die Sündfluth.“ — Und so wird der Gang bestmöglich bis zur Zeitpunkt kommt, wo die bürgerliche Gesellschaft zu schwach, die Geschäfte weiter zu führen, von ihrem Rinde, der sozialistischen Gesellschaft, abgelöst wird. Das, mein Herr Minister, sind in Kurzem die Aussichten, welche der von Ihnen vertretenen Klasse übrig bleiben!

Die sozialistischen Abgeordneten vertreten aber nicht allein die Arbeiter, sie repräsentiren überhaupt die Sache der Menschheit. In der sozialistischen Gesellschaft deckt sich der Begriff Arbeiter mit dem Begriff Mensch, jeder Mensch wird ein Arbeiter sein, jeder Arbeiter ein Mensch, währenddem die Lebensbedingungen des heutigen Arbeiters nicht immer menschliche genannt werden können.

Weiter wirft der Herr Minister alle Begriffe durcheinander, wenn er behauptet, daß nach uns Leute, die sich zur „Selbstständigkeit“ emporgearbeitet hätten, sofort aufhörten, Arbeiter zu sein. Das ist ein großer Irrthum. Einem solchen, der sich selbst herangearbeitet, haben die Sozialdemokraten niemals das Recht abgeprochen, sich Arbeiter zu nennen, aber er hört auf, Proletarier zu sein. War er früher Sozialist und ist er ideal genug dervan, so hindert ihn darhinaus nichts, Sozialdemokrat zu bleiben. Im Ganzen sind aber solche Fälle heute so selten, daß sie gar nicht in Betracht kommen können. Der noch oben Schwimmende genießt eben gewöhnlich nicht die Früchte seiner geherrigerten Arbeitstrast und seiner Arbeitslust, sondern hat in der Regel durch Kapitalien, und sei es auch nur in Gestalt von technischen Kenntnissen, einen Vorprung vor seinen Genossen voraus, der nicht das eigene Verdienst des Individuums ist, sondern in den Verhältnissen begründet ist, unter denen es in's Leben eintrat. Abgesehen davon, daß zur Erkennung von Kenntnissen die Mittel vorhanden sein müßten, ist schon die Anwendung selbst, solange andere Menschen davon ausgeschloffen bleiben, eine Vorwegnahme, denn das aufgeschlossene „Wissen“ ist das Gesamtprodukt des ganzen vergangenen und lebenden Menschengeschlechts.

Was nun die „Selbstständigkeit“ anbelangt, so soll es, wie die offi-

ziellen Blandierschen münkeln, der Herr Minister zu einer solchen Frey aller „roben Produktion“, von Volksheligen nämlich und Agent-Produktions, auch noch nicht gebracht haben, sondern nach wie vor nur zu Handlangerdiensten in der großen Meierei Dismard verwendet werden. Nur langer diesmal, ganz ausnahmsweise, die Früchte „seiner“ erhöhten Arbeitskraft nicht seinem Chef, sondern uns zu.

Zum Schluß will ich mich, wie es in „besserer Gesellschaft“ nun einmal zum guten Ton gehört, dem Herrn Herrfurth noch vorstellen. Ein „Fabrikarbeiter“ bin ich zwar nicht, arbeite aber thue ich; Proletarier bin ich in des Wortes strengstem Sinne auch nicht. Dem „dienenden Stande“, dem in seiner Klasse noch in tiefem Schlafe liegenden Anhängel des vierten Standes angehörend, ohne den noch Trübsal ja keine Kultur möglich, bin ich doch ein überzeugter Sozialdemokrat. — Vor drei Jahren würde ich, hätte ich dazu Gelegenheit gehabt, wohl beinahe noch im Stande gewesen sein, einen „Arbeitervertreter“ Ihrer Sorte zu wählen. Da wurde der Schleier vor meinen Augen gehoben, nicht durch „Heer“ und „Wähler“, wie Sie die Sozialdemokraten zu nennen beliebt, sondern durch die Macht der Thatsachen. Männer, die ich als die besten, edelsten Menschen gekannt, sah ich verfolgt, durchs Land gehetzt, ins Gefängniß geschleppt, ihrer Christen beraubt, und Alles nur, weil sie für ihre Ueberzeugung eingetreten, die damals noch kaum die meine war. Wie Schuppen fiel es jetzt von den Augen, und vor meinem nun geklärten Blick schwand die geistliche Lände Eurer vermeintlichen Kultur, ein Bild geistiger Verblüpfung und rohen Egoismus enthüllend.

Nicht genug damit, durch entmenschende Ueberarbeit, deren Früchte Euch in den Schooß fallen, und physisch und geistig zu entwürdigen, habt Ihr uns auch politisch recht- und vaterlandlos gemacht. Euer Recht ist nicht mehr das unsre, Eure Bildung ist Lüge und Heuchelei Eurer Stellung. Nichts mehr haben wir miteinander gemein, kaum dient und noch dieselbe Sprache, um Euch unsern Haß und unsre Verachtung zu offenbaren. Ueber unsre Köpfe hinweg habt Ihr Großen der Erde die Hände gereicht zur gemeinsamen Knechtung der Völker. Eure Bestrebungen sind „gemeingefährlich“, weil Sonderninteressen dienend, die unsren gemeinnützlich, der ganzen Menschheit zu gute kommend: Unsr Bestrebungen, wenn zur That geworden, sind die Verwirklichung des Menschheitgedankens.

Arbeitssequenzen im Lande der Sozialreform.

II.

Für die „Lückenhaftigkeit, Unzuverlässigkeit und arbeiterfeindliche Tendenz“ des Hauptstammmaterials theilt die „Fst. Jg.“ noch als „bezeichnende Einzelheit“ mit, daß die eine westphälische Untersuchungskommission in einem Protokoll des dato Dortmund, 30. Juli 1889, die Worte der Förderer Arbeiterverwaltung ohne jede Bemerkung zu den ihrigen macht, daß eine Lohnaufbesserung nicht eher eintreten solle, als bis die Leute . . . sich durch ihre sonstigen Verdienste einer solchen Wohlthat (sic!) würdig erwiesen“ hätten.“ Das kennzeichnet allerdings den Geist dieser Beamten, die als die Unparteiischen zwischen Arbeiter und Unternehmern fungiren sollten, so vollständig, daß jeder weitere Kommentar absolut überflüssig ist.

Aber diese Untersuchungskommissionen haben doch als echte Bureaukraten vergehnet, was ihnen mitgetheilt wurde, und so manche unbedeutende Thatsache an's Licht gebracht. Das gutzumachen, war die Aufgabe des Bearbeiters der „Enquete“.

Ueber die von ihm verfaßte „Denkschrift“ lesen wir in der „Fst. Jg.“: „Gleich der erste Abschnitt über die Ursachen des Bergarbeiterstreiks ist ein wahres Ruiter mangelnder Objektivität und bedauerlicher Voreingenommenheit. . . In zwei „summirenden“ Zeilen faßt der Bearbeiter diejenigen Angaben zusammen, welche für den Ausbruch wirkliche Arbeiterbeschwerden als Auslandsgründe nennen. Einen Absatz von fünfzehn Zeilen dagegen mit einer Menge Ordangaben und wörtlichen Ausprüchen, welche an der ersten Stelle stehen, widmet er der Wiedergabe abweichender Aussagen, die den Streik als von außen hineingetragen darstellen sollen. Dabei wird die Thatsache, daß es sich nur um die Angaben „eines“ Arbeiter handelt, daß also wahrheitsgemäß von je hundert Vergleichen zwei oder fünf Auslagen im ungünstigen Sinne machten, mit einer des gewandtesten Advokaten würdigen Geschicklichkeit hinter den massenhaften Ordangaben und allgemeinen Redewendungen, wie „größere Reihe von Gruben“, „vielfach“ u. s. w. versteckt. Das ist keine ehrliche und sachliche Berichterstattung mehr. Was den einen Auslagen recht war, war den Anderen billig. Ein objektiver Referent hätte den Angaben, welche den Streik mit der Feststellung wirklicher Arbeiterbeschwerden begründeten, schon äußerlich ebensoviel Platz einräumen müssen, wie den entgegengelegten Auslagen; er hätte auch den ersten ebenso zahlreiche Proben anführen, und die Gruben, auf welchen jene Auslegungen stießen, ebenso mit Namen nennen müssen. Natürlich nimmt der amtliche Verfasser auch von der Stelle in der Stengel'schen Auslage nicht die geringste Noth, daß vor dem Ausfalle, die allermeisten Vergleiche mit ihren Beschwerden ans Furcht vor Maßregelung zurückhielten.“ Und doch gehört diese Abwertung ganz wesentlich hierher. Durch diesen tendenziösen Anfang, der sich ja nur auf die äußerlichen Angaben über die Streikgründe bezieht, erhebt die Denkschrift den Argwohn zur Gewißheit, daß in den Abschnitten, welche sich mit den viel wichtigeren und eigentlichen Arbeiterbeschwerden befassen, dieselbe einseitige Auswahl in der Anführung des Altematerials stattgefunden hat.

In dem folgenden Abschnitt der Denkschrift, die Löhne betreffend, wird fast nur mit den bekannten Durchschnittszahlen operirt und aus ihnen ein Steigen des Arbeiterverdienstes schon vom 1. Quartal 1888 auf dasjenige von 1889 gefolgert. Das aber selbst die amtliche Untersuchungskommission für die Jech Westphalia am 1. Juli 1889 ein Heruntergehen des Dauerlohns für die oben angegebene Zeit festgestellt mußte (vergl. Anl. 2), ist mit Stillschweigen übergangen. Den näheren Beweis für die Behauptung, daß die Löhne vor dem Streik zum Lebensunterhalt nicht ausgereicht hätten, seien die Arbeiter schuldig geblieben und es hätten die Berechnungen kein Material nach der Richtung ergeben, daß bei einem Theil der Bergleuten oder gar bei der Gesamtheit ein Nothstand geherrscht habe — so sagt die Denkschrift weiter. Diese Behauptungen können nur eine gründliche Irreführung der öffentlichen Meinung bewirken. Denn sie verschweigen, daß sich die amtliche Untersuchung mit der Ausständlichkeit der Löhne — gar nicht beschäftigt. Die Nr. 1 des Fragebogens für die Enquete, welche ausschließlich die Lohnfrage betrifft, schreibt lediglich eine Ermittlung der äußerlichen Lohnhöhe vor und legt den Kommissionen bereits hierbei „einige Vorhalt“ nahe, weil das „tiefer Gedringene“ hier und dort auf wenig Beifall stoßen“ würde. Daran haben sich die Untersuchungsbedürden selbstverständlich gehalten. Irigendwelche Feststellungen bezüglich des standard of life der Vergleiche wurden gar nicht versucht. Gerade dieser Mangel des Programms wurde bei Beginn der Enquete hier sehr streng gerügt, aber ohne jeden Erfolg. Ein einziges Mal (S. 18) erwähnt es die Denkschrift als halbes Kuriosum, daß ein niederschleifender Arbeiter seine Haushaltsrechnungen vorgelegt habe, um das Unzureichende seines Verdienstes zu beweisen. Dieses „Kuriosum“ wird aber nicht einmal in den Anlagen mitgetheilt; der Verfasser der Denkschrift geht mit einer nichtshingenden Weidung über dasselbe hinweg. Und jetzt will man das Fehlen jedes Nachweises über die Ausständlichkeit der Löhne vor dem Streik den Arbeitern antreiben und daraus die Folgerung ziehen, daß von einem Nothstand keine Rede gewesen sein könne? Jedes weitere Wort über diesen traurigen Versuch der Denkschrift, den Thatsachen ab zu werben, ist überflüssig. Das vom amtlichen Verfasser eingeschlagene Verfahren richtet sich selber.

Die Behauptungen über den Zwang zu Ueberstunden im Ruhrrevier enthalten einer gewissen Begründung nicht, sagt die Denkschrift S. 24. Man beachte das abschwächende Wort „gewisse“ und die lebhafte Entschuldigend der Rechensverwaltungen, welche folgen. In den Anlagen gibt aber S. 109 ein Betriebsführer des Ruhrreviers die Anführung eines solchen Zwanges direkt zu, und nicht weniger als sechs Untersuchungs-Kommissionen beurtheilen den direkten Zwang zur Leistung von Ueberstunden, dessen Anwendung sie feststellen, zum Theil

in sehr scharfen Ausdrücken. Bezüglich jenes Trunksystems, das so große Verwirrung unter den Arbeitern hervorrief, bezüglich der Abgabe der Betriebsmaterialien von Seiten der Jechen an die Arbeiter zu einem höheren, als dem Anschaffungspreise enthält die Denkschrift den Satz: „Die Verwirrung der Jechenverwaltungen, daß zum Selbstkostenpreise geliefert bezim. keine Ersparrnis zu Gunsten der Jechen gemacht worden sei, erscheint durchaus glaubhaft“. Nur eine Ausnahme im Ruhrverein sei festzustellen gewesen. Aus den Anlagen der Denkschrift, namentlich aus den Mitteilungen verschiedener Direktoren und Kommissionen geht aber ganz klar hervor, daß an mehreren Stellen Ueberschüsse erzielt wurden, die nicht in Unterzählungsklassen floßen, und daß erst der Streik dieser Wirtschaft überall ein plötzliches Ende machte.

„Endlich eine letzte Stichprobe, die den Verfasser der Denkschrift zu etwas mehr, als einem bloßen „Bearbeiter“ stempelt. Er sagt bezüglich der Abkehrseine direkt, daß sich bei der Untersuchung im Ruhrkohlenbezirk keine tatsächlichen Grundlagen für die Annahme herausgestellt hätten“, daß miltliche Leute durch gewisse Zeichen auf den Abkehrseine anderen Unternehmungen Kenntnis gemacht wurden. In den unfindlichen Anlagen zur Denkschrift deponiert nun Siegel: „Dem abkehrenden Bergmann wurde auf dem Schein entweder bescheinigt: — auf Wunsch entlassen — oder — vorchriftsmäßig gekündigt —. Diejenigen Arbeiter, welche erziehen Juchos oder überhaupt keinen in der Abkehrseine fanden keine Arbeit.“ Und die Wichtigkeit dieser Abgabe muß ihm bestätigt werden von seinen eigenen Direktoren, welche auslegen: „Zutreffend ist . . ., daß derjenige Bergmann, welcher auf dem Abkehrseine nicht die Bemerkung hat — ordnungsmäßig gekündigt — nur ungern angelegt wird.“ Hier hat der amtliche Verichter der Denkschrift ein direktes Zugeständnis der Jechenverwaltung einfach übergangen und verschwiegen.“

Genug. Wir könnten das Material der „Frst. Jg.“ noch durch nicht minder Drastisches aus anderen Zeitungen ergänzen, aber wir denken, das Vorstehende reicht vollkommen aus, um dem Leser zu zeigen, was bei der mit so vielen Hump angefügten Enquete herausgekommen ist. Und sie sollte doch gerade das Material liefern zur Beurteilung der Frage, ob und welche gesetzgeberischen Reformen zur Verbesserung der Bergarbeiter-Verhältnisse geboten seien. Welche aber den Bergarbeitern, wenn diese Enquete oder gar diese Denkschrift bei der zukünftigen Gesetzgebung maßgebend zu Grunde gelegt würde? Keine Verbesserung, sondern womöglich noch Verschlechterung ihrer Verhältnisse und jedenfalls Sanktionierung aller Mißbräuche, unter denen sie leiden, wären das Resultat.

Man sieht aber aus alledem, wie notwendig es für die Arbeiter ist, allezeit und unablässig auf der Wacht zu sein, und keinem Versprechen zu glauben, komme es, von welcher Seite es wolle. Nur was sie selbst erringen, ist ihnen sicher. Nur wenn sie unablässig nach vorwärts drängen, können sie darauf rechnen, daß sie wirklich etwas erreichen. Der Ausgang der Enquete ist eine Warnung, und ihre Lehre wird nicht veressen werden.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 12. Februar 1890.

— **Ueber die Arbeiterkammern.** Erlasse Wilhelm's entnehmen wir einem uns aus Deutschland zugehenden Schreiben folgende Zeilen:

„Das Schicksal bei der Geschichte ist, daß der bisherige Leiter des Reaktions-Hegensabbaths bei dieser Gelegenheit einen gesunden Fußtritt erhalten hat, was wir als kleine Abkühlung von seinem Konto einst abrechnen wollen. Er, der sonst über derartige Schwächen erhaben ist, wollte dem Großkapital, dem er seit dreißig Jahren mit solchem Eifer und Erfolg Hausrecht dienste geleistet, die Treue nicht brechen: er mußte aus dem Handelsministerium, in das er sich in bekannter Voluptuosität eingelassen, gewaltsam hinausgedrängt werden; und, um nun auch Humor in die Sache zu bringen, hat Wilhelm den „gehenden Mann“ und Ex-Hausmeister angewiesen, die Beschlüsse des Pariser Arbeiterkongresses auszuführen und sich selbst vor aller Welt ins Gesicht zu schlagen. Wahrhaftig, wenn der Hohenoller diese Doffe beabsichtigt hat, dann müssen wir ihm unser Kompliment machen — dann steckt wirklich so ein Biischen wie Genie hinter seiner Stirn.“

„Ankündigung ist die Wirkung der Erlasse auf die „Ordnungs-Parteien“. Die Aemter sind ganz verrotzt, das „soziale Königthum“, obgleich sie es natürlich nicht ernst nehmen, geht ihnen doch über den Spag — die Arbeiter könnten das Ding mitberathen.“

„Ungeklärte und falsche Heiterkeit herrscht aber in den Reihen der Sozialdemokraten. Das Polizeimanifest ist in der Perion des hiederen Schnaps-Otto vor verammelttem Volk mit einem Fußtritt regalist und seine eigenen Reden verpfendend, — und der deutsche Kaiser nach dem Banner der Internationalen greifend, um die Wägen des „sozialen Königthums“ zu verhäßen, — das ist ein Schauspiel für Götter und Sozialdemokraten.“

„Sehr richtig führt dann der Briefschreiber aus, daß Wilhelm II. mit seinem neuen Programm „unter den Putzamer“ fällt, der sich neulich wieder in Erinnerung gebracht hat. Der Ex-Minister für Aöring-Nachwos und andre Nicht-Gestirnen, für den „hinter jedem Streik die Hydra der sozialen Revolution steht“, hielt eine wunder-schöne Rede über die Notwendigkeit der Polizei für die ungebürdigen Arbeiter und ihre „Aufheber“. Und da nach Herrn Putzamer jeder ein „Aufheber“ ist, der jagt, daß die Arbeiter Grund zur Unzufriedenheit mit ihrer heutigen Lage haben, so — gratuliren wir unjereem neuen Kollegen, Wilhelm II. von Hohenollern.“

„Uebrigens fällt Wilhelm II. nicht bloß unter den Putzamer, er fällt auch unter den Herrfürst. Sein Versprechen, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit (auf den verschiedenen Arbeiterkongressen) zu Tage getreten sind, entgegenzukommen“, seine Bemerkungen über die Notwendigkeit der staatlichen Regelung von „Zeit, Dauer und Art der Arbeit“, würden ihm, wäre er nicht zufällig Kaiser von Deutschland und König von Preußen, von Herrn Herrfürst die Qualifikation als „Vertreter derjenigen Arbeiter, die nicht arbeiten wollen“ zuziehen. Aus ihrem Eintreten für die Arbeiter, die wegen Verlängerung der Arbeitszeit streiken, leitete Herr Herrfürst bekanntlich diesen Titel für die sozialdemokratischen Abgeordneten her, und — mitgefungen, mitgehungen, so heißt es ja wohl bei der Polizei, Herr Minister?“

— **Ein Ehrenzettel für die Arbeiterschaft Berlins.** Dem Vörentheil des Berliner Tageblattes entnehmen wir das Berliner Volksblatt einen Bericht über eine Generalversammlung der Aktienbrauerei „Böhmisches Brauhaus“, von dem das Organ der Berliner Arbeiter mit Recht meint, daß er seine Leser interessieren wird. Er ist interessant für die Arbeiter aller Länder. Man höre:

„In der heutigen (4. Februar) ordentlichen Generalversammlung erklärte Direktor Knoblauch in Ergänzung des Geschäftsberichts, daß das verfloßene Jahr ein für das Brauereigewerbe wenig günstiges gewesen sei. Es sei bedauerlich, daß die Verhältnisse einer Anzahl von Brauereien dazu gezwungen haben, der Konkurrenz gar zu große Konzessionen zu machen. Obwohl die Produktionskosten sich wesentlich gesteigert haben, sei doch eine Erhöhung der Bierpreise fast ausgeschlossen. Dieses habe einestheils seinen Grund darin, daß die Bierthe ihre Kalkulation auf Grund der bestehenden Preise gemacht haben, so daß ein Aufschlag alle ihre Berechnungen über den Kaufen werfen würde. Dazu kam, daß in Berlin eine Preissenkung nicht erstirte und es auch aus diesem Grunde für die Bierthe schwierig sei, eine Erhöhung des Bierpreises auf ihre Kalkulation abzuwälzen. Die Verhältnisse für 1890 liegen nicht günstiger, da für die Materialien zum Theil Preise gehakt werden mußten, wie dies bisher noch nicht der Fall war. Die Aktionäre des Böhmischen Brauhauses dürfen jedoch mit Vertrauen in die Zukunft blicken, da die Verwaltung Alles that werde, um ihre Interessen wahrzunehmen und die Wiederkehr besserer Verhältnisse möglich zu machen.“

Ferner theilte Redner mit, daß im September v. J. seitens der sozialdemokratischen Partei eine Sperrung über das Bier der Brauerei verhängt worden wäre. Es habe dies seinen Grund in Differenzen gehabt, welche der Oekonom mit der sozialdemokratischen Partei gehabt habe. Die Sperrung sei eine empfindliche gewesen, indem während dieser Zeit ein Minderabgab von 100 Tannen pro Tag zu verzeichnen gewesen sei. Aus dieser Ursache sei der Mehrertrag für 1889 ein verhältnismäßig geringer. Die Direktion habe die Differenzen wieder beigelegt, doch seien immerhin einige Stunden an die Konkurrenz verloren gegangen.“

„Gut ab vor einer Arbeiterschaft, die denen, die sie ächten zu dürfen verneinen, in so empfindlicher Weise zu erkennen gibt, daß sie es mit selbstbewußten Männern zu thun haben. Die „Differenz“ des Oekonom mit der Berliner Sozialdemokratie bestand in der Verweigerung des Saats zu Versammlungen berieiben. „Ihr seid für uns nicht gleichberechtigt mit den übrigen Parteien“ hieß das für die sozialdemokratische Arbeiterschaft Berlin. Und 100 Tannen — gegen 30,000 Glas Bier — weniger Ausdandt pro Tag war die prompte Antwort.“

Und diese Arbeiter glaubt man durch ein Polizeigehel Inebeln zu können? Vöherlich. Wie diese Brauerei und andere Brauereien wird auch Polizei und Staatsgewalt vor ihnen zu Kreuze freichen müssen.

— **„Nothes Gespenst“.** „Es ist ergötzlich, mitanzusehen“, schreibt man uns, „wie das Kartell- und Reptilpaß sich abquält, die Jechen und Jechen der Bagelischen, genannt Nothes Gespenst, aus allen Ecken und Winkeln zusammenzusuchen, und den schmutzigen Plunder, in dem keine Nadel mehr haftet, aneinander zu sicken. Die Sozialdemokraten wollen die Ehe abschaffen, die Familie zerstören, und sie wollen alles „verungulichen“.“

„Aber wie das beweisen? Die abgenutzten Aitate des pfiffligen Fliß-Schusters, mit deren Wiederanlage das Kartellpaß glänzende Geschäfte zu machen hoffte, ziehen nicht recht. Und so liegt es in der Vergeßlichkeit fürchterliche Wätsch und Verammlungs-Grüsse hinzu, die von den Sozialdemokraten verübt sein sollen. In Staffsurich, Dorf und Lindenau (Leipzig) haarsträubende Grzesse — Mord und Todtschlag. Selbstverständlich nicht ein wahres Wort an all den Gräueln. Das einzige Wahre ist, daß der Weizen des Kartell- und Reptilpaß in dieser Wohlvergebung nicht blüht, und daß derselbe in den Böhmerverammlungen schlechte Geschäfte macht. In Staffsurich verließ die sozialdemokratische Verammlung thatsächlich in größter Nähe, nur die Polizei verübt auf den Straßen ihren Unfug. Dasselbe war der Fall in Dorf und Lindenau; und was endlich Lindenau betrifft, so wurde Döbgen-Gög in seiner eigenen Familien-Hochburg von den Wählern ausgelacht und ihm häßlich heimgeleudet — das ist Alles, und das ist natürlich ein todeswürdiges Verbrechen in den Augen des Kartell- und Reptilpaß; in den Augen jedes anhängigen Menschen dagegen eine um so lieblichere und verdienstvollere That. Döbgen-Gög verlangt doch nicht gar, daß man ihn als Del-Gögen andeten soll? Er ist und bleibt nur ein gemüthlicher Bier-Gög.“

— **Der vermuthliche Ausfall der Wahlen** wirft bereits seine Schatten vorans. Bismarck gibt die alte nationalliberal-konservative Kartellmechtheit verloren und läugelt wieder mit der kommenden ultramontan-konservativen Mehrheit, während auf der andern Seite das Zentrum sich vorbereitet, Regierungspartei zu werden. Die ultramontane „Germania“ in Berlin erstirbt förmlich in Koyalität. Nun, wir wünschen den Herren viel Glück zum neuen Lebenslauf.

Das Humoristische bei der ganzen Sache ist, daß die Nationalliberalen mit wahrem Wieneser ihr eigenes Grab graben. Sie könnten die ultramontan-konservative Mehrheit sehr leicht dadurch sprengen, daß sie den Konservativen die Meerzölge verjagen. Aber während diese sich jeden Augenblick bereit zeigen, ihnen den Fußtritt zu geben, wenden die Nationalliberalen Alles auf, recht viel Konservative in den Reichstag zu bringen, damit nur ja später diese mit dem Zentrum die Mehrheit bilden können. Eine wunderbare Taktik — freilich nicht das Wunderbarste, was diese Partei der „geistigen Elite des deutschen Bürgerthums“ schon zu Wege gebracht.

— **Wie telegraphirt wird.** Zur Erbauung für unsere Leser lassen wir hiermit einen Passus aus einem Telegramm amerikaniicher Zeitungen über die letzte Reichstagsung folgen: „Statt seiner (Bismarck) sprach Fürst Carolath, der von Bismarck speziell damit beauftragt war. Er redete sich in eine derartige Wuth hinein, daß die Rede das Gegenheil der beabsichtigten Wirkung erzielte. In maßlosen Ausdrücken zog Carolath gegen Bedel los, der in seiner Rede die jetzigen Zustände in Deutschland mit denjenigen unter Napoleon III. in Frankreich verglichen und zum Schluß erklärt hatte, was auch immer die Regierung thun werde, sie werde der Sozialdemokratie in die Hände arbeiten und dem Sozialismus gehöre die Zukunft. Carolath verwehrte sich jedoch dagegen, daß die Regierung bei der Neuwahl des Reichstages den Kampf gegen die Sozialdemokratie zur einzigen Parole mache, denn der Klassenkampf solle nicht proklamirt werden.“

„Nöthlich, nicht wahr? Der „müthende“ Carolath, — der als rosenber Alexander selbst vernichtet — welches Reptilchen mag die amerikaniische Presse zu dieser Auffassung verleitet haben?“

„Uebrigens scheint man diesem unglücklichen Carolath auch auf anderer Seite mehr Bedeutung beizulegen, als ihm nach seiner Rede von Nechtswegen zukommt. Was hat der Mann eigentlich Großes geist oder gethan? Er hat mit großer Emphose Mühen geist, um Kameele zu verschlingen. Er hat für die Verewigung des Schwand-geheges gestimmt, nur gegen den Ausweisungspargraphen sträubte er sich. Eine rechte Heubehat. Was der schlechteste Pring bekämpft hat, sind nur die auffallenden, grob-konpromittirenden Plumpheiten des Polizeigehes, gegen seine gemeine Grundtendenz hatte er nichts einzuwenden. Die Ehre: nicht bloß politische Befämpfung der Sozialdemokratie, sondern auch Befämpfung mit geistigen Waffen, ist weder neu, noch Zeichen einer besonders freien Denkart. Das sagt der Stöcker auch, und nicht einmal „mit ein Biischen andern Worten.“

Die einzige Bedeutung der Rede liegt darin, daß sie ein Zeichen ist der in den herrschenden Kreisen eingerissenen Zerfahrenheit. Es hält nicht mehr zusammen, überall wagt sich die Fronde wieder hervor, neue Koalitionen bilden sich und hängen den andern Terrain abzugewinnen. Man glaubt, eine eigene Meinung haben zu dürfen, aber — innerhalb der konservativen Interessensphäre. Der schon als freisinnig verkehrte Carolath hat sich neulich bereit erklärt, wieder als konservativer Kandidat für den Wahlkreis Läden-Bunzlau zu kandidiren und die Konservativen in Gaben haben ihn auch als Kandidaten akzeptirt. Das sagt alles.“

— **Die „Adriatische Zeitung“** schreibt, die kaiserlichen Erlasse könnten den „Großmachtsißel“ der Arbeiter heigern. Da ahnungsvoller Engel du, das werden sie.

— **Viel Geschrei und wenig Woffe.** Als die Arbeiter des Saarbrücker Kohlenreviers die Forderung nach Aufbesserung ihrer Jammerröhne stellten, da erhoben die Regierungsbürokraten ein großes Geschrei von den Wohlfahrts-Einrichtungen, welche die Arbeiter auf jenen, dem Staat gehörenden Werken genießen; diese müßten bei den Jöhnen in Anrechnung gebracht werden, dann würde sich ergeben, wie glänzend die Arbeiter in Verhältnisse gestellt seien. Nun, man kennt diese Worte und kennt auch den Tert, und außer dem Trost der Gedankenspiele und jenen, für welche die Arbeiter immer im Unrecht sind, wenn sie mehr fordern als ihnen freiwillig gegeben wird, sieht sich Niemand betreten. Anmerkung ist es interessant, festgestellt zu sein, was es mit diesen „Wohlfahrts-Anhalten“ auf sich hat, und welche große Summen der Herr Wohlthäter „Staat“ durch dieselben den Arbeitern zukommen läßt. Nach der Berliner „Volkzeitung“ stellt sich die Sache folgendermaßen:

„Die stromverweine, um mit diesen zu beginnen, erhalten sich selber. Ebenso die stromkanäle. Ueber die sechsunddreißig staatlichen Schafhüner, in welchen im Jahre 1888/89 4926 Arbeiter Aufnahme fanden, steht in der letzten veröffentlichten amtlichen Nachweisung die Angabe der dem Staate aus ihrer Unterhaltung erwachsenden Kosten. Groß werden dieselben nicht sein, sonst würde es an einer Ziffernangabe

darüber gewiß ebenso wenig fehlen, wie bei den nachfolgend erwähnten Wohlfahrts-Einrichtungen.“

Für 20 Werkstätten zur Fortbildung jugendlicher Arbeiter betrug dagegen der staatliche Kostenaufwand 9034 M., für Industrialschulen für die Töchter von Bergleuten 14,421 M., für Kleinkindererwahn-Anstalten 19,515 M. Dazu kamen — immer im Jahre 1888/89 — für den Unterricht der bergmännischen Jugend beiderlei Geschlechts, sowie für Lehrvereine und Wochenschriften 46,164 M., wozu dann noch 26,853 M. für die Unterhaltung von Bergschulen (technischen Hochschulen) hinzutreten. Außerdem wurden zur Beförderung der Anstellung von Bergleuten in der Nähe der Betriebspunkte in demselben Betriebsjahre 62,655 Mark Bauprämien gewährt. Gublich bleiben noch die bewilligten Bauvoranschläge zu erwähnen. Am Ende des Berichtsjahres betragen dieselben — nach Abzug der bereits zurückgezahlten Voranschläge — 500,687 M. Nimmt man an, daß die Staatswerke sich für diese Voranschläge mit einem Jnsfuß begnügen, der 2 Proz. hinter dem landesüblichen zurückbleibt, so betrug der für diesen Zweck gemachte Jahresaufwand der Staatswerke rund 10,000 Mark.

Alles in Allem kosteten also die „Wohlfahrts-Einrichtungen“ der Staatswerke des Saarbrücker Reviers dem Staate im Jahre 1888—89 rund 188,000 M. Durchschnittlich waren in 1888—89 auf den Staatswerken im Saarbrücker Revier 25,273 Mann beschäftigt. Pro Kopf derselben betrug also dieser staatliche „Wohlfahrts“-Aufwand M. 7.05, d. h. noch nicht ganz 1 Proz. des durchschnittlichen Jahres-Verdienstes in demselben Jahre (M. 841.87.)“

Und um dieses einen Prozents willen sollen die Arbeiter hüßlich gedulbig alle Lebensmittelvertheuerungen über sich ergehen und sich selbst nicht bekommen lassen, von den gesteigerten Erträgen ihrer Arbeit auch einen möglichen Antheil für sich zu beanspruchen. Wo bliebe auch sonst der Segen dieser „Wohlfahrts-Anstalten“?

— **Proletarier und Aristokraten.** Unter dieser Epithete lesen wir in der Berliner „Volkzeitung“: „Gegen drei Angehörige der „Edelsten der Nation“ schwebt (der „Berl. Jg.“ zufolge) gegenwärtig ein Strafverfahren wegen einer recht rübe ausgeführten Kumpel, die vor einigen Wochen zur Nachtzeit in der Nähe eines Wiener Cafes der Friedrichstraße sich ereignet hat. Die abligen Herren, es waren, wie uns berichtet wird, ihrer drei, und zwar die Herren v. Kleist, v. Röhrenholz und v. Oettinger, kamen in weiblicher Begleitung aus dem Wiener Cafes. Sie gingen in herausfordernder Art auf dem Bürgersteig. Jedermann zum Ausweichen zwingend. Ein Vorübergehender vermochte ihnen indess nicht schnell genug auszuweichen. Es war ein unglücklicher Krüppel, der lahm geht und sich mit Hilfe eines künstlichen Beines nur schlecht vorwärts bewegen kann. Den drei Edlen imponirte das körperliche Gebrechen des Hinfenden durchaus nicht. Als derselbe völlig unablässig einen derselben im Vorbeigehen streifte, drehte sich dieser um und rief: „Was, der Proletarier will uns nicht Platz machen? Dem werde ich es bezorgen!“ Und der „Herr von“ prügelte darauf höchst eigenhändig mit seinem Stoch den Krüppel an und ward hierbei von seinen beiden Begleitern weiblich unterstützt. Die schneidigen Schläger glaubten nun nach vollbrachter Heldenthat den Kampfplatz mit dem abermaligen Steigerufer: „So, dem Proletarier haben wir das ordentlich besorgt!“ verlassen zu können, aber sie hatten die Rechnung ohne den „Proletarier“ gemacht. Dieser war ein Bankbeamter, der das Unglück gehabt hat, im letzten Feldzuge ein Bein im Gefecht zu verlieren und seitdem mühsam sich mit seinem künstlichen Bein durchs Leben schleppen muß. Derselbe ließ die „Edlen“ keineswegs ungehindert ziehen, sondern veranlaßte deren polizeiliche Sistirung. Die adeligen Kaufbolde werden Anfangs nächsten Monats in öffentlicher Sitzung vor der Strafkammer des Landgerichts I Rechenschaft über ihre Heldenthat abzuliegen haben.“

Warten wir ab, ob die Berliner Richter den nöthigen Muth haben werden, den edelsten Herren die rechte Antwort zu geben. Auf jeden Fall wird sie auf das Konto der Abrechnung geschrieben, welche die Proletarier vorzunehmen haben. Und diese wird hoffentlich auch ordentlich besorgt werden.

— **Wie die „ausgleichende Gerechtigkeit“** bei der Steuer-Erhöhung in Preußen gehandhabt wird, dafür liegt wieder ein deutscher Beitrag vor. Das liberale „Deutsche Reichsblatt“ veröffentlicht aus einer ihm zugekauften Originalübersetzung des Landraths des Kreises Glogau, Grafen Alatu, vom 5. Januar 1888 folgenden Passus: „Wenn nicht bei einzelnen Besitzern ganz abnorme Verhältnisse, welche in jedem einzelnen Falle in einem besonderen Berichte, und nicht in der Einkommens-Rachweisung, ausführlich zu erläutern sind, vorliegen, dann wird in der Regel bei einer Grundsteuer bis zu 10 Mark der zehn fache Grundsteuer-Beitrag, von 11 bis 20 Mark Grundsteuer der achtfache Grundsteuer-Beitrag, von 21 bis 30 Mark der sechsfache Grundsteuer-Beitrag u. s. w. als Einkommen aus dem selbstbewirtschafteten Ländereien zu berechnen sein.“

„Bekanntlich hat Minister v. Scholz“, so bemerkt die „Volkzeitung“ „hierzu, im Abgeordnetenhaus in Abrede gestellt, daß er eine bezügliche Generalverfügung erlassen habe. Das ist eine Frage für sich. Auf alle Fälle aber steht dieses dokumentarisch belegte Vorgehen der Landräthe im Widerspruch mit dem Gesetz. Nach dem Klassensteuergesetz beginnt die erste Stufe bei einem Einkommen von 400—600 M. mit dem Steuerfuß von 3 M. oder 0.45 Proz. Die letzte (12.) endet bei einem Einkommen von 2700—3000 Mark mit einem Steuerfuß von 72 M. oder 2.4 Proz. Der Gesetzgeber hat also die höheren Einkommen mit einem steigenden Prozentsatz herangezogen wollen, nicht umgekehrt, wie es verschiedene Landräthe gehan haben.“

Die Herren haben eben ganz im Sinne der herrschenden Wirtschaftspolitik gehandelt, deren ganze Tendenz darauf gerichtet ist, die Großen von den Steuern zu entlassen und die Kleinen — die Masse des Volks — zu belasten. Die erreichte enorme Erhöhung der indirekten Steuern genügt den Herren noch nicht. Nach dem Programm der Agrarier soll die unbequeme Grundsteuer ganz abgeschafft werden — eine um so unverschämtere Forderung, als diese Steuer in Wirklichkeit nur dem Namen nach eine solche, thatsächlich aber eine überkommene Verpflichtung ist für den Herren Großgrundbesitzern vom Staat gewährte Dotationen. Diese haben die Herren längst verbaut, jetzt möchten sie die Gegenleistung von sich abschütteln und dem arbeitenden Volk aufhalsen — eine Unverschämtheit, für die ihnen am 20. Februar hoffentlich die gebührende Antwort werden wird.

— **Noch ein Bild von der Energie und Entschlossenheit** mit der die Berliner Arbeiter stets am Plage sind, wenn es sich um die Wahrung ihrer Rechte handelt. Der „Frst. Jg.“ wird aus Berlin geschrieben: „Tag für Tag hatten die Sozialdemokraten, solange die Wahllisten auslagen, ihre Parteigenossen angeleert, sich davon zu überzeugen, ob der Name auch in den Listen eingetragen sei. Diese Anfertigung hat großen Erfolg gehabt; denn nicht weniger als 75,567 Personen haben die Wahllisten kontrollirt; wir sind mehrere Male in den Lokalen gewesen, in denen die Wahllisten auslagen, und für uns ist es zweifellos, daß fast alle die Wähler, welche die Listen nachsahen, Sozialdemokraten waren. Die überaus fleißige Kontrolle der Listen seitens der Sozialdemokraten gibt annehmend eine Vorstellung von der sozialdemokratischen Wahlbetheiligung, die wir am 20. Februar zu erwarten haben.“

„Sie das nicht bewundernswürdig? Aber wir würden ungerecht sein, wenn wir unterließen, hinzuzufügen, daß fast überall in Deutschland unsere Genossen den gleichen Eifer an den Tag legen, wenn sie auch nicht in solchen Massen auf den Plan rücken. Es ist eine großartige Bewegung, die Hresgleichen nicht kennt.“

— **Dem in Anhalt als Kandidat aufgestellten Sozialdemokraten** Holsang ist das Wahlrecht entzogen worden, da ein Sohn desselben ein Staatsknecht in einer Anzahl für nicht volljährige Kinder erzogen wird“. So berichten deutsche Wähler.

Und die Kartellkandidaten, deren Söhne auf den Gymnasien oder Universitäten auf Staatskosten erzogen werden? Nach gleicher Logik müßte man auch ihnen das Wahlrecht entziehen. Aber wahnsinnig der, der in diesen Dingen gleiches Recht für Alle verlangt. Da müßte ja gerade der Elite der Gesellschaft das Wahlrecht genommen werden, und kein Schnapsjunker würde foran die Wäntel des Reichstages ziehen.

— Eine wohlverdiente Sektion hat einer unserer schweizerischen Gefinnungsgenossen, der Zürcher Bezirksanwalt Otto Lang, neulich der hiesigen Zeitung in ihrem Landblatt zu Theil werden lassen. Aus welchen Anlässen geht aus dem Schriftsatz selbst hervor, das wir zur Ehre für seinen Verfasser und zur Schande für dessen Verfolger hiermit vollinhaltlich folgen lassen. Es lautet:

Zürich, den 26. Januar 1890.
An den Zürcherischen Kantonsrat.
Herr Präsident!
Hochgeehrte Herren!

In dem Bericht Ihrer Kommission zur Prüfung des regierungsräthlichen Rechenschaftsberichts findet sich unter dem Titel: „Direktion der Justiz und Polizei“ eine Stelle, die sich auf mich bezieht. Es wird mir dort vorgeworfen: „Dass ich in meiner privaten Betätigung eine agitatorische Wirksamkeit entfalte, welche nach der Auffassung ganzer Schichten der Bevölkerung das Vertrauen in eine objektive Amtsführung erschüttern müsse.“

Es ist in unserm Parlamentarismus unerhört, dass eine Kommission, welche die Aufgabe und die Vollmacht hat, die Geschäftsführung der Ausführenden Behörden zu prüfen, ihre Amtsführung braucht, um in Ermangelung von thatsächlichen Tadelgründen, eine „Auffassung großer Schichten“ vorzunehmen, und getraut darauf, die Ehre eines Beamten anzugreifen in einer Weise, wie sie schimmer nicht gedacht werden kann.

Ob meine Amtsführung eine „objektive“ ist oder nicht, lässt sich sehr leicht untersuchen, und wenn der Kommission Zweifel darüber ankam, so hatte sie die Pflicht, eine solche Untersuchung vorzunehmen und zu veranlassen, kurz in leichtfertiger Weise und ohne thatsächlichen Beweis meine Ehre zu verletzen. Ich habe mich zu sehr bemüht, mich darüber zu beschweren, als sie sehr leicht sich hätte darüber unterrichten können, wie weit jene Auffassung der „großen Schichten“ — das heißt meiner politischen Gegner — begründet ist.

Mein Bewusstsein treuer Pflichterfüllung gestattet mir nicht, eine so schwere Anschuldigung, die von der ganzen Schweizerpresse mit meinem Namen verbreitet wurde, auf mich sitzen zu lassen. Darum stelle ich an Sie, als Oberaufsichtsbehörde, das Gesuch: entweder eine Untersuchung über meine Amtsführung anzuordnen, oder mir sonst gegenüber dem Missbrauch, den die Mehrheit der Kommission mit ihrer Amtsführung getrieben hat, Genugthuung zu gewähren.

Geschrieben Sie, hochgeehrte Herren, die Versicherung meiner Hochachtung.
Otto Lang, Bezirksanwält.

Die „private Betätigung“ Langs ist das mannhafte Eintreten für seine sozialdemokratische Ueberszeugung. Nun hat Lang aus dieser ein Hehl gemacht, namentlich auch zu jener Zeit nicht, wo er für sein jetziges Amt kandidirte. Trotzdem damals keine Gegner das ganze Publikum gegen ihn aufzuheben suchten, und er mit anerkanntem Wert für seine Arbeit nicht einen Titel des sozialistischen Programms leugnete, sah im Gegenheil nicht gekümmert wurde, während der großen Hölle gegen die deutschen Sozialisten auf deren Märkten die Festsprecher zu halten, ist er mit großer Mehrheit gewählt worden, und mehr als das Vertrauen der Majorität der Wähler beweist er nicht, solange ihm keine ehrlöse Handlung oder Pflichtverletzung nachgewiesen werden kann. An der politischen Betätigung der Liberalen in Zürich sind die Herren Kantonsräthe nie Anstoss genommen, und wenn es die verächtlichsten Kampfbühnen waren. Da fragte Niemand, ob ihre agitatorische Wirksamkeit das Vertrauen in eine objektive Amtsführung erschüttern müsse. Freilich, die agitatorische Wirksamkeit dieser Herren behandelt weniger in politisch anstößigen Vorträgen als in der Trostschleier ihrem Bierhock und dem Geschäft des Anschwärmens der Gegner durch den Mund der Presse.

Sehr gut schreibt über den feierlichen Kommissionsbericht der Schweizerische „Sozialdemokrat“:

„Toll lässig in dieser ernsten Sache macht sich das Kompliment, das die Kommission der Rede- und Denkfreiheit bei diesem Auslasse machen zu lassen glaubt.“

Die unverschämte Respektierung aller Rede- und Denkfreiheit, wie wir sie fortzuhalten wünschen, verlangt als Gegenleistung die Beobachtung der durch das persönliche Leistungsmaß festgesetzten Grenzen, über die der Träger eines Amtes nicht hinausgehen darf, wenn er der vom Vertrauen aller Bürger Bevollmächtigte sein und bleiben will.“

Wah abgesehen davon, dass „der vom Vertrauen aller Bürger Bevollmächtigte“ gegenüber Beamten, welche durch eine Mehrheit nach hartem politischem Kampfe und obligatorischer Verleserung gewählt werden, eine bloße und laune reibliche Phrase ist, sagt ja die Stelle im Grunde nur: „Wir achten die politische Rede- und Denkfreiheit, falls sie — nicht in Anspruch genommen, resp. nicht gebraucht wird.“

Solange die politischen Parteien nicht darauf verzichten, sich in die Wahl der Richter durch das Volk einzumischen, muss der Grundgesetz gelten: was für den Einen Recht ist, ist für den Andern billig. Und es freut uns, dass Otto Lang sich nicht hat einschüchtern lassen, sondern sich provokirt gezeigt hat, sein gutes Recht mit Klauen und Zähnen zu verteidigen.

— Aus Rumänien erhalten wir eine weitere Zuschrift, in welcher die Beschlüsse des Schiedsrichters in Nr. 4 des „S. D.“ über die Firma Brömm als durchaus tendenziös entfällt bezeichnet werden. Es hätten wiederholt Genossen bei B. gearbeitet, ohne besondere Gründe zu bezeichnen zu haben.

Wir nehmen von dieser Verächtigung gern Notiz, da wir es sehr bedauern würden, wenn wir Herrn B. Unrecht gethan. Der erste Einsender hält zwar seine Behauptungen anrecht, es scheint uns aber, dass er durch eine etwas gefährde Brille sieht.

Besser heißt es in der oben erwähnten Zuschrift:

„Wenn hier Instrumentenmacher gesucht werden, so sind es meines Wissens nur Musik-Instrumentenmacher, und denen ist allerdings dringlich davon abzurathen, sich nach hier verziehen zu lassen, auch wenn es sich nicht um die Firma Stalder handelt. Denn in diesem Artikel gibt es nur Reparaturen, neue Waare wird überhaupt nicht erzeugt und da geht es nur sehr nothdürftig zu. Stokhol, welcher nur für die Remise liefert und reparirt, ist aber ein so bedeutender Kunde, als dass man ordentliche Leute der Gefahr aussetzt, hier in einigen Wochen hilflos auf der Straße zu stehen. Im Allgemeinen“ fährt der Briefschreiber fort, „mögen sich überhaupt keine Leute nach hier verziehen lassen, da abgesehen von der Krise, welche gegenwärtig herrscht, mehr Hände zur Verfügung stehen, als überhaupt Bedarf ist.“

— Aus Holland geht uns von einem dortigen Genossen eine Zuschrift zu, die sich aber eine, von Genosse Liebkecht im Berliner Volksblatt gegen „Recht vor Allen“ veröffentlichte Erklärung im wesentlichen Sinne anhört.

Dass die Zuschrift durchaus sachlich gehalten ist, glauben wir doch von ihrem Abdruck absehen zu müssen, da wir auch von der betreffenden Erklärung Liebkechts keine Notiz genommen.

Wir geben zu, dass Liebkecht sich zu weit hat hinreich lassen, als er seiner Antwort gegen einen — allerdings gleichfalls unmotivierten — Angriff „Recht vor Allen“ eine persönliche Epigone gab, und obendrein gegen einen so überaus verdienstvollen Mann, wie Domela Nieuwenhuis. Wir sind auch überzeugt, dass Liebkecht selbst gerecht genug denkt, dies nachträglich anzuerkennen.

Unsere holländischen Freunde aber, die sich darüber beschweren, dass die von Liebkecht im Harnisch gebrauchte Worte den Gegnern der Sozialdemokratie in Holland Bissen zum Angriff gegen sie gegeben haben — was wir uns nicht aufrichtig bedauern — glauben wir doch in's Gedächtnis zurückrufen zu sollen, wie wenig „Recht vor Allen“ Anstand nahm, unmittelbar nach dem Pariser Kongress einen ebenso persönlichen wie ungerichteten Angriff gegen das Bureau desselben und insbesondere auch Liebkecht zu veröffentlichen, unbekümmert darum, dass es damit der Bourgeoispressen auf der einen Seite, und den Anarchisten und Possibilisten auf der andern Seite Wasser in die Hand drückte, die Genannten und den Kongress überhaupt in maßloser Weise zu verächtigen und zu verläumdern. Und das, obwohl jeder, der sich von der Schwärze der Leitung des vielsprachigen und aus so verschiedenen Elementen zusammengesetzten Kongresses zu überzeugen Gelegenheit gehabt, sich sagen musste, dass es geradezu unmög-

lich war, in der kurzbedehnten Frist desselben allen Anforderungen gerecht zu werden. Die Erinnerung an die betreffenden Angriffe mag Liebkecht in's Gedächtnis gekommen sein, als „Recht vor Allen“ ihn von Neuem ohne triftigen Anlass angriff, und wenn unsere holländischen Genossen gegen sich selbst wahr sein wollen, so müssen sie zugaben, dass es für Liebkecht schwer war, nicht eine gegen ihn persönlich gerichtete Beschäftigung vorzunehmen. Doch er darauf seinerseits in denselben Fehler verfiel, bleibt natürlich bedauerlich, und wir können nur wünschen, dass in der Zukunft jeder Anlass zu gleichen Vergehen vermieden werde. Leben wir kritisch aneinander, aber bemühen wir uns, gerecht zu sein, und hüthen wir uns vor allen Dingen, kleinlich zu werden.

Lasen wir uns indessen durch diesen unangenehmen Zwischenfall — dessen Ausdeutung durch die Gegner unsere holländischen Genossen schneller überwunden werden, als sie vielleicht meinen — lassen wir uns durch dies im Grunde so unbedeutende Sache nicht die gemeinsame Freude an dem großartigen Kampf rauben, den in diesem Augenblicke die Arbeiterklasse Deutschlands kämpft — für sich und für die Sache der Proletariat aller Länder.

Korrespondenzen.

*** Basel.** Nur auch wieder einmal eine Stimme von der Schweizer- grenze hören zu lassen, gebe ich in Folgenden einen kleinen Ueberblick über die jüngsten politischen Vorgänge.

Der Bundesanwält hat seine Thätigkeit entfallen; er ließ die Aktien- stücke, die Gemeindevorstand von Aarau in Rheinfelden, derselbe, der Wohlgenuth verhaftet hatte, veröffentlichte, verbieten.

In Basel hat Genosse Häring ein Theaterspiel „Der Postbote“ verfasst, welches an einigen Orten ohne Anstand aufgeführt wurde, aber als es in Rheinfelden (Kurgau) über die Bretter gehen sollte, wurde es von der organischen Behörde verboten. Wir werden bald erfahren müssen, dass „Wilhelm Tell“ nicht mehr gespielt werden darf.

Sonntag, den 2. Februar, fand hier, wie in andern Städten der Schweiz ein Wahlfest zur Vorbereitung der deutschen Reichstagswahlen statt, das würdig verliefen in. Genosse Wallischläger hielt die Festrede; er warf einen Rückblick auf die Thätigkeit des abgetretenen Reichstages und besprach auch die kommenden Wahlen einlässlich. Er sagte, wenn die Wahlen günstig für die Arbeiter ausfallen werden, dies seine Absichtung auf uns Schweizer nicht verfehlen wird, und auch unsere Reaktionen die Regel einziehen mag. Es wöhnten dieser Feierlichkeit viele Schweizer bei. Die deutsche sozialdemokratische Mitgliedschaft Basel hat es sich zur Ehrenpflicht gemacht, Gelder für den bevorstehenden Kampf zu sammeln. Die Sammlung lief auch gut aus; circa 450 Franken (rundliches Falber) konnten überreicht werden. Wir Schweizer haben das größte Interesse am bevorstehenden Kampf.

Der Uerlag des Kaisers Wilhelm heißt für den schweizerischen Bundes- rath eine Ohrfeige, da dessen Kongress-Einladung nach Bern einfach ignoriert wird. Was der Bundesrath nun dazu sagt und ob er die Einladung annehmen und seinen Kongress halten lassen wird, das werden die nächsten Tage zeigen. Die Reichstagswahlen sind nach vieler Meinung in der Schweiz die Ursache der Krise. Je mehr sozialdemokratische Stimmen, desto größer die Wirkung auf die Regierung.

Im benachbarten Vörsach ist es lebendig, es wird unaufhörlich agitiert, so dass es einen großen Achtungserfolg geben dürfte. Das Organ der Freisinnigen in Vörsach ist in Folge Konflikt von der Oberfläche verschwunden. Es bleibt also nur noch das Kartellbrüder- organ „Oberländer Vot“.

Die Basler Grenzwaht.

Berichtigung.

In den Schlussfäden der Abhandlung über die zweite Auflage meines „Sturm“ in Nr. 5 des „Sozialdemokrat“ läßt die Unachtsamkeit des Schreibers drei Stellen den Leser in dem Glauben, auch die Verprechung des Gerhard von Amnator ihren Werthe entzogene meine Feder. Ich erkläre daher, dass jede meiner literarischen Verprechungen — und ich erlaube mir für die „Zürcher Post“ nur solche — mit meinem vollen Namen unterzeichnet ist. In der Nummer vom 21. Januar d. J. trag nur die der „Klingischen Zeitung“ meine Unterschrift. S. J. Zürich, 3. Februar 1890.

John Henry Mackay.

Wir haben uns in der That überzeugt, dass die Rezension der Amnator'schen Novellen die Unterschrift John Henry Mackay's nicht trägt.

Da wir dieselbe nicht angegriffen, sondern nur Herrn Amnator als Verfasser dafür angeführt, wie die Scheidung „auf der Menschheit Höfen“ wendenden Schmeißer oft ganz gemeine Satophantien sind, hatte Herr Mackay wohllich nicht nötig, uns un- saubere Motive zu unterstellen. Wie leicht der Irrthum entstehen konnte, mag ihm die Thatsache beweisen, dass er nicht nur allein passiert ist. Wir sind überhaupt erst von Anderen auf die betreffende Rezension aufmerksam gemacht worden.

Im Uebrigen können wir die Bemerkung nicht unterdrücken, dass Herr Mackay seinen Irrthum noch nicht ganz kapirt hat. Was geht den „Klingern“ unsere Wohlthätigkeit oder Unachtsamkeit an? Er ist ja doch über alle Moral erhaben.

Red. d. „S. D.“

Warnung.

In London hat sich an verschiedene Genossen mit der Bitte um Unterstützung ein angehöriger Max Weich, Journalist, geboren 1858 in Dobrischan in Böhmen, herangedrängt. Derselbe ist im Besitz einer auf Grund des Patentes vom 2. August 1889 patentirten politischen Anzeigensorte aus Barmen, die an „den Journalisten Max Weich, Allee-Strasse 23, Barmen wohnhaft“ abdrückt ist. Es liegt nun aber Grund zur Annahme vor, dass der gegenwärtige Inhaber dieser Anzeigensorte, wenn dieselbe nicht an sich schon ein Patentsitz, nicht der Max Weich ist, denn die Thatsachen, die er als Gründe seiner Anweisung angab, sind plumpe, dummerthuende Lügen. Mit der Partei hat er nichts zu thun, war auch nicht im Stande, sich auch nur auf den Namen eines einzigen Genossen irgendwo zu berufen, und hat von den politischen Verhältnissen keine bloße Ahnung. In welcher plumper Weise der betreffende Samoroc zu schwindeln vermag, geht schon daraus hervor, dass er vier Jahre lang Redakteur des sozialdemokratischen „Wähler“ in Reichenberg in Böhmen gewesen sein will, während dort nie ein solches Blatt be- standen hat.

Wir warnen hiermit die Genossen im Ausland, mit der abermaligen ausbrüchlichen Warnung, sich politischen Anzeigensorte niemals Glaubhaftigkeit beizulegen, sondern in jedem einzelnen Fall eine Legitimation von parteiorganisierter Seite zu verlangen und sonst sich mög- liche zu versichern, dass man es nicht mit einem Schwindler zu thun hat.

„Der Sozialdemokrat“.

Warnung.

Ein Schwindler, namens Ringenstein, angeblich Volksschul- lehrer aus Darmstadt und wegen „Fingerringverbreitung“ hieselbst verfolgt, hat die hiesigen Genossen gebrändelst und ist unter Ver- lassung von verschiedenen Schulden „gehäufiglich nach Kiel und Bern“ verdundelt.

Genosse K. er erte gemein. Ringenstein war Amnongensammer einer freisinnigen Zeitung und seine Verbreitungssachen und Verfolgungs- sachen sind Schwindel, darauf berechnet, Leichtgläubigen Geld und Substanzmittel abzuhängen. In Darmstadt ist er wegen seiner Schulden durchgedrungen.

Signalement: Alter 28 Jahre, sieht aber etwas älter aus; Haare schwarz, mitteln geschnitten; Sommerschwarz, ziemlich stark; Zähne gut; Gesicht rund; frische Gesichtsfarbe; Natur etwas über Mittel- große.

Wir warnen vor Ringenstein!

Die Genossen in Basel.

Briefkasten.

Der Redaktion: Briefe und Einladungen erhalten aus: Berlin, Paris, Sundbyöfer (Dänemark), Jütich, Weipolder (Holland). Nach Schluß der Redaktion: Chicago, Kopenhagen. — Z. in B.: Petrus' Jünger Anfrage vorläufig losgelassen, das weitere Wissen zunächst ein acht- jähriger Aufenthalt erlöschlich ist, bevor Weiteres stattfinden kann. — D. H. H. in B.: Wir hoffen Sie durch unsere Auseinandersetzung zufriedengestellt.

Der Expedition: Esterstrand: Mt. 14. 20 f. Berlege uitgebr. u. A. H. geord. Genähtes folgt. — Clara: Alles abg. A. H. u. Reubekig, sowie Marktbericht sind notirt. Rechnen aus prompte Auskunft wie zugesagt. — Trau, Ikuu, wem? : Berichten hll., ob Pri- gabe noch mögl. war u. notiren alles Weiteres nach Vorlage v. 4. 2. Der Rückstand ist uns unerklärlich. — A. G. Charlton: Sd. 2. — f. ein neues Ab. per 1. Da. erh. — Wirtus: Ab. II. Hf. v. 31 geord. u. Keta hll. gelaubt. — H. D. Hdr. San Francisco: Dank für Sdg. der 27 u. 39 von 87 für B. G. Paris. Gewünschte 42/89 sandte Ihnen mit Nr. 7. Gruß! — F. Blauweiler New Bedford: Ihre Postkarte v. 3/2 kreuzte mit den beiden nachträgl. eingelaufenen Money Orders. Weiteres lt. Wsdantig. — B. H. Hier: Sd. 9. 1 f. „S. D.“ erh. — A. Stg. Sst.: Mt. 1. — f. Sst. erh. — Schügen: Mt. 50. — a. Gio. Ab. x. erh. Ertragtes muß hündl. eintreffen. Jugesagtes er- wartet. — Encl.: Mt. 15. 20 Ab. 1. Da. 90 u. Schrift. erh. Bekllg. u. Keta folgt. B. G. d. Ch. kostet 50 Bg. — G. d. Th. Brill: Sd. 13. — Ab. Not per 90 erh. — Rote Beche: Mt. 74. 90 a. Gio. Ab. x. erh. Gr. gubebr. Werben G. das Gewissen scheren. Er- tragtes redendiert. Hoffentlich jetzt dort. — E. Spanhoof t. Concord: Sd. 8. — Ab. per 90 erh. — A. Bröde Adelaide: Sd. 1. 4. — 3 Ab. per 1890 erh. Hl. Weiteres. Warum regairten Sie nicht an Adresse G. H. u. Co. l. Näheres siehe am Kopf v. Nr. 1 x. Gruß! — X. S. V.: Mt. 50. — a. Gio. Ab. x. erhalten. Brief. mehr. — Zilländer: Rittig. Hdr. D. hll. erh. u. Weiteres besorgt. — Eugene Sd. Le G.: Sd. 2. — Ab. 1. Da. erh. — Juchs: Mt. 400. — a. Gio. Ab. x. erh. u. Mt. 50. — per Grdg. gubebr. A. H. notiren u. haben Re- ferenz zu ermitteln, was hier allerdings nicht so einfach ist. Hl. mehr. — G. H. Edinburgh: Sd. 6. — Ab. 1. Da. u. Schrift. erh. Katalog folgt. — Trau, Ikuu, wem? : Sd. v. 9. kreuzte mit dem untrigen v. 10/2. Bekllg. ist notirt u. Anfrage wohl entsprechend erledigt. — Vorles: Sd. v. 7. am 10/2 sofort beannt. — Schippe: Ont. Rechnen mit Bestimmtheit auf Jugeliges. Am 8/2 hll. Weiteres berichtet. — Alle Garde: Mt. 19. — per Gr. notirt u. A. H. eingereckt. Antio am 8/2 abgg. — Nothor Kämpfer: Am 8/2 Ausgabe nochmals abgehandelt. Hoffentl. marschierte trotzdem. — Antillon: Am 6. Bestlanges ist am 8/2 sofort besorgt worden u. A. H. eingereckt. — Nothor Teufel: Mt. 33. 30 per Grdg. gubebr. u. Bedarf vorgemerkt. Es ist un- erklärlich, dass ein Weiteres geschieht. Hl. mehr. — G. Sch. Brüssel: Alles besorgt. — B. Lgru, Chicago: Aufgesetzt veranlagt. Kommis- sions- sachen senden wir nur auf Gefahr der Besteller. Brief. Näheres. — Utopia: Sd. u. Bell. v. 9/2 erh. — Kopenhagen, B.: Hllg. folgt. Weit. pr. Ned. Warum keine Antwort auf unsern Hf. v. 23/1 betr. Sd. l. War an Jgr. abgeflut. — Xanthias: Ont. am 10/2 erhalten. Brief folgt.

Wahlfond-Einnuttung.

Zur Weiterbeförderung sind an unsere Adresse eingegangen und laut Nr. 6*) abgeliefert Mt. 10,000. —
Ferner sind eingegangen:
Sethon New-Beidor (Doll. 47. 42 per Hfd. 9. 11. 9) — Mt. 194. 70
Sozialistischer Francubund hieselbst (Doll. 17. 15 per Hfd. 3. 10. 5) — „ 70. 40
L. Bar. Ojrod Sd. 10. — „ 10. —
Brüssel, Deutscher Arbeiter-Gezangsverein „Fraternité“ — „ 66. 40
Hl. 84. 10 (Hfd. 3. 6. 5) — „ 66. 40
Wimbledon: „Auf, Vaterland“ Sd. 2. — „ 2. —
Chicago. Durch die sozialistische Arbeiterpartei gesammelt 1. Kote, Doll. 47. 25 (Hfd. 5. 11. 11) — 111. 88
Poliole, Sozialdemokratische Sektion durch Hg. Sague Doll. 50. — (Hfd. 10. 5. 4) — 205. 39
Zusammen Mt. 660. 70

*) Die in Nr. 6 unter „König von Italien“ zur Abendung eingetirte Summe ist infolge Druckfehlers mit Mt. 1000. — zu hoch eingeleitet. Es muß heißen Mt. 5320. 01.

Bruxelles. Sozialistische Schriften sowie der Sozialdemokrat sind hier zu haben bei
E. Schürder, Place Soupe 1.
Zureichende Genossen sind gebeten, sich an diese Adresse zu wenden.

Zur Beachtung.

Der erste Band der Denkschrift ist mit Ausnahme eines kleinen Restes der auf besseren Papier gedruckten Exemplare, die wir den Genossen in Berlin zu Mt. 1. —, einzeln Mt. 1.50 liefern, trotz der wiederholten Nachfragen (insgesamt 15,000) abermals vergriffen. Wir erlauben nun Alle, welche noch Exemplare vom ersten Theil wün- schen, sofort ihre Bestellungen an uns anzugeben, um die Höhe einer eventuellen Neu-Auflage bestimmen zu können.

Ebenso bitten wir, die Bestellungen für den
Zweiten Theil der Denkschrift

der in gleicher Stärke und zu den gleichen Bedingungen wie der erste Band in kürzester Frist erscheint, uns ungesäumt zu- kommen zu lassen, damit wir sofort nach Erscheinen die Besteller in deren Besitz gelangen lassen können.

Ebenfalls vergiffen und in Neu-Auflage bereits im Zug ist
Neues Wintermärchen.

worauf wir die geehrten Besteller aufmerksam machen mit der Bitte, Zögerungen in der Zustellung hienüt entschuldigen zu wollen.

E. Bernstein & Co.

114 Kentish Town Road, London, N. W. (England.)

Anlässlich des Todes des früheren Leipziger Polizei-Direktors Dr. Riber empfehlen wir Allen, die sich um diesen vorhistorisch-statis- schen Verfolgungen der deutschen Sozialdemokratie interessieren, als eine charakteristische Kennzeichnung der damaligen Polizeiverhältnisse

Meine 3½-jährige Leipziger Polizeicampagne.

Weiteres und Erntes. Pöbelliches und Juristisches.
Von H. Heyner.
Preis: 40 Pfennig — 50 Cts.

Wir empfehlen unseren Genossen den nur noch in sehr be- schränkter Zahl vorhandenen

Leipziger Hochverrathsprozess von 1872

Preis: Mt. 3. — (Hft. 3 Hf.)

Gerade heute, nach Erscheinen des ersten Theiles der Denkschrift, bietet es für Alle, welche sich über die vorhistorisch-statische Geschichte unserer Partei informiren wollen, eine Fülle des interessantesten und authentischsten Materials.

E. Bernstein & Co.,

114 Kentish Town Road, London N.W.

Printed for the proprietors by the German Cooperative Publishing Co., 114 Kentish Town Road, London N. W.